

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Daniel Born SPD**

**und**

## **Antwort**

**des Ministeriums für Soziales und Integration**

### **Who cares? – Moderne Caring Communities: Eigenverantwortliche Unterstützungsnetzwerke für Krisenzeiten**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung das Konzept der Caring Communities?
2. Wie weit ist Baden-Württemberg entwickelt im Hinblick auf Caring Modelle mit dem Schwerpunkt auf Integration im Sinne einer angemessenen Alters- und Pflegeversorgung?
3. Wie viele und welche konkreten Caring-Projekte sind der Regierung in Baden-Württemberg bekannt?
4. In welchem Umfang und mit welchen Maßnahmen wurden die unter Frage 2 genannten Projekte unterstützt?
5. Inwiefern scheint eine Ausweitung des Caring Community-Ansatzes realisierbar angesichts des großen Bedarfs an lokal begrenzten, selbstversorgenden Unterstützungsnetzwerken, den die Pandemie offengelegt hat?
6. Welche strategischen und finanziellen Maßnahmen, wie beispielsweise die bevorzugte Bereitstellung von Bauland für solche Projekte, werden ergriffen, um den Trend der Rekommunalisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge politisch zu unterstützen?
7. Welche standardisierten und nicht-standardisierten Ansätze gibt es in Baden-Württemberg, um die Zielsetzungen von Caring Communities in baulichen Projekten umzusetzen?
8. Welche Erfahrungswerte gibt es mit solchen Projekten?

9. Wie sieht die Landesregierung die Potenziale von Caring Community unter dem Gesichtspunkt „Vermeidung von Einsamkeit“?
10. Wie kann die Verbindung – wenn der Ansatz „Sorgender Gemeinschaften“ ernst genommen werden soll, braucht es eine Strukturreform, in der sich die Fachkoordination, das fachliche Wissen, das in Pflege, Erziehung etc. benötigt wird, mit kommunaler Sozialplanung verbindet – vor Ort gestaltet werden?

20.01.2021

Born SPD

#### Begründung

In Deutschland ist das Konzept der Caring Community bisher nur als praktisches Handlungsmodell im Bereich der „professionell unterstützten Gemeinwesenseinbindung erwachsener geistig behinderter Menschen“ bekannt. Die Pandemie hat jedoch gezeigt, dass unsere Gesellschaft allgemein einen Ausgleich zu Tendenzen wie Ökonomisierung, Fremdenangst, Abgrenzung und Vereinsamung braucht. Ein solches Gegengewicht lässt sich in einer Caring Community finden, die beispielsweise eine Nachbarschaft oder einen Haushalt umfassen kann und an genossenschaftliche Wohnansätze erinnert. Innerhalb der Community werden wechselseitige Unterstützung auf dem Prinzip der Freiwilligkeit gelebt und Ressourcen geteilt. Das eigenverantwortliche füreinander Sorgen, Verantwortung übernehmen und gemeinschaftliche Bewältigen von Aufgaben basiert auf einem hierarchielosen Miteinander sowie einem gemeinsamen Wertehorizont aus Solidarität und Achtsamkeit. Caring Communities wollen nicht nur den demographischen Wandel im lokalen Kontext bewältigen, da die Vorsorge durch die Familie eine veraltete Annahme ist, sondern sie beweisen sich als krisenfeste Unterstützungsnetzwerke.

#### Antwort

Mit Schreiben vom 12. Februar 2021 Nr.36-0141.5-016/9779 beantwortet das Ministerium für Soziales und Integration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau die Kleine Anfrage wie folgt:

##### *1. Wie bewertet die Landesregierung das Konzept der Caring Communities?*

Die Landesregierung bewertet das Konzept der Caring Community als wichtiges Instrument, um auf die Herausforderungen des demografischen und sozialen Wandels zu reagieren. Sorgende Gemeinschaften werden als Teil des Quartierslebens verstanden und müssen im Zusammenhang mit dem Quartier als sozialem Nahraum gedacht werden. Deshalb erfolgen Stärkung und Ausbau von Caring Communities in Baden-Württemberg unter dem Oberbegriff der Quartiersentwicklung im Rahmen der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten.“ des Ministeriums für Soziales und Integration. Dieser erweiterte Gemeinschaftsbegriff weist deutlich über den Fokuspunkt Pflege hinaus und zielt auf die Alters- und Generationengerechtigkeit ab.

Der Landesstrategie liegt ein ganzheitliches und zielgruppenübergreifendes Quartiersverständnis zugrunde. Das Handlungsfeld „Pflege und Unterstützung im Alter“ ist aufgrund der demografischen und sozialen Herausforderungen ein Schwerpunktthema der Landesstrategie, wird aber je nach Bedarfslage vor Ort um weitere Handlungsfelder, zum Beispiel Familie, Gesundheit, Vielfalt oder Mobilität erweitert.

Im Handlungsfeld „Pflege und Unterstützung“ gilt es, eine altersgerechte und niederschwellige Quartiersentwicklung zu unterstützen, die neben barrierefreien und alternativen Wohnformen im Alter für hilfe- und pflegebedürftige Menschen auch differenzierte und zugleich gut verzahnte Beratungs-, Unterstützungs- und Pflegeangebote bereithält. Das Zusammenspiel von ambulanten Pflegediensten, bürgerschaftlich-ehrenamtlichen Unterstützungsangeboten und Initiativen, Nachbarschaftshilfe, Tagespflege, ambulant betreuten Wohngemeinschaften sowie stationärer Pflege muss passgenau entwickelt und gestärkt werden, damit auch in Zukunft eine tragende soziale Infrastruktur mit bedarfsgerechten Dienstleistungen und einem wertschätzenden gesellschaftlichen Umfeld geschaffen werden kann.

*2. Wie weit ist Baden-Württemberg entwickelt im Hinblick auf Caring Modelle mit dem Schwerpunkt auf Integration im Sinne einer angemessenen Alters- und Pflegeversorgung?*

Die Kooperation aller zuständigen Entscheidungsträger (Städte, Gemeinden, Bund und Länder) ist für eine bedarfsgerechte Pflege notwendig. Von besonderer Bedeutung ist gerade hinsichtlich des Themas „Sorgende Gemeinschaften“ die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Pflege. Die Sorge um die Teilhabe findet vor Ort statt. Die Kompetenzen und Ressourcen werden vor Ort gebündelt und äußern sich in der Vielfalt unterschiedlicher Sorge- und Pflegearrangements als Voraussetzungen für das Wohlergehen und die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Pflegebedarf. Ein wesentliches Ziel des Landes ist es daher, die verschiedenen Akteure in ihrer lokalen Pflegepolitik zu stärken.

Zu nennen ist insbesondere die Programmlinie „Innovationsprogramm Pflege“. Das Programm fördert und unterstützt u. a. strukturell angelegte Projekte im Sinne eines Best Practice Ansatzes. Das Thema „Caring Community“ wird dabei in vielen Facetten der kommunalen und sozialen Einrichtungen im Land sichtbar (siehe hierzu auch Frage 4). Auch bei investiven Förderungen, wie die Verwirklichung einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft, kommt der „Caring Community“-Gedanke zum Tragen.

Darüber hinaus unterstützt das Land im Bereich des Vor- und Umfelds von Pflege das wichtige nachbarschaftliche und das ehrenamtliche Engagement, um die Vereinsamung von älteren, nicht mehr mobilen Menschen zu verhindern.

In Baden-Württemberg gibt es weit über tausend Angebote und Initiativen, davon erhalten aus Landes-, Kommunal- und Pflegekassenmitteln über 900 eine finanzielle Förderung. Dabei legt die Unterstützungsangebote-Verordnung (UstA-VO) eine wichtige Basis für eine breite Palette vielfältiger – insbesondere ehrenamtlicher – Angebote und Initiativen im Vor- und Umfeld von Pflege. Sie reichen von Serviceangeboten rundum den Haushalt bis hin zum „offenen Ohr“ für pflegende Angehörige zur Entlastung. Auch in den Projekten im Bereich des Vor- und Umfelds von Pflege ist der Ansatz „Caring Community“ sichtbar.

*3. Wie viele und welche konkreten Caring-Projekte sind der Regierung in Baden-Württemberg bekannt?*

Es gibt zahlreiche Projekte in Baden-Württemberg, die als Sorgende Gemeinschaften bezeichnet werden können. Die Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten.“ unterstützt unter anderem mit finanziellen Förderungen Kommunen dabei, lebendige Quartiere im Sinne von Sorgenden Gemeinschaften aufzubauen. Fördervoraussetzung der Programme ist, dass die Projekte einen Beitrag zur generationengerechten Gestaltung des Zusammenlebens vor Ort leisten und auch zur Verbesserung der Lebensqualität und Teilhabe von älteren und pflege- bzw. unterstützungsbedürftigen Menschen beitragen.

Bereits mit dem *Ideenwettbewerb zur Landesstrategie* konnten im Jahr 2017 53 Projekte mit einem Volumen von 2,7 Mio. Euro ausgezeichnet werden. Im „Sonderprogramm Quartier“ wurden seit 2018 53 Projekte gefördert.

Im *Förderprogramm „Quartiersimpulse“*, das von der Initiative Allianz für Beteiligung betreut wird, wurden seit 2018 bislang 78 Projekte mit einem Gesamtfördervolumen von 5,5 Mio. Euro gefördert, in denen die Kooperation von Kom-

mune und zivilgesellschaftlichem Partner Fördervoraussetzung ist. Die Antragstellung findet fortlaufend statt.

Als Teil der *EU-Initiative zur Linderung der Pandemiefolgen REACT-EU* können unter dem Einzelauftrag „Alters- und generationengerechte Quartiersimpulse für den ländlichen Raum“ bis zum 15. Februar 2021 Projekte beantragt werden, die dem Thema „Pflege und Unterstützung im Alter“ oder „Maßnahmen zur generationen- und altersgerechten Gestaltung des Lebensumfelds“ gewidmet sind.

Alle geförderten Projekte können auf der Förderlandkarte unter [https://www.quartier2030-bw.de/quartier\\_2030/landkarte/\\_F%C3%B6rderlandkarte.html](https://www.quartier2030-bw.de/quartier_2030/landkarte/_F%C3%B6rderlandkarte.html) eingesehen werden.

4. In welchem Umfang und mit welchen Maßnahmen wurden die unter Frage 2 genannten Projekte unterstützt?

Nachstehende Übersicht ist nicht abschließend, da der Ansatz „Caring Community“ in vielen weiteren Projekten, z. B. bei Angeboten im Vor- und Umfeld von Pflege, gelebt wird.

Förderjahr Innovationsprogramm	Projekttitle und Kurzbeschreibung	Antragsteller	Bewilligungssumme
2014	<b>„Sorgende Gemeinschaften“ in Quartieren</b> Mit Hilfe dieses Projekts sollen die bestehenden Bausteine des Seniorennetzwerkes in die Generationenbüros überführt werden. Mit Hilfe der Büros, die als dezentrale Anlauf- und Vermittlungsstellen dienen, sollen die Bürger für die Aufgaben einer sorgenden Gemeinschaft vor Ort gewonnen werden. Damit wird ein Beitrag zur Teilhabe und selbstbestimmten Leben von Senioren/-innen in den Gmünder Ortsteilen geschaffen.	Generationenbüros, Stadt Schwäbisch Gmünd	61.605 €
2015	<b>Mannheim gegen Einsamkeit</b> Nachbarschaftshilfe mit präventiven Hausbesuchen, Nachbarschaftliche Unterstützung bei der Wiedereingliederung nach einem Krankenhausaufenthalt, Aufbau einer Zentrale und einer Plattform.	Gesundheitsprojekt Mannheim eG	158.634 €
2015	<b>Aufbau einer Tagespflege mit 15 Plätzen in bürgerschaftlicher Mitverantwortung in Eichstetten</b> Die Gemeinde Eichstetten hat eine „Verantwortungsgemeinschaft“ gebildet, die von der Sozialstation Nördlicher Breisgau und von Ehrenamtlichen versorgt und betreut wird. Durch die Hilfe professionell Pflegenden, wie auch ehrenamtlich Tätigen in der Nachbarschaft ist es möglich, dass Pflegebedürftige in ihrem Zuhause bleiben können.	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	105.327 €

Förderjahr Innovations- programm	Projekttitle und Kurzbeschreibung	Antragsteller	Bewilligungs- summe
2015	<p><b>Junge Pflege im Weidenwinkel in Willstätt</b> (Verwirklichung einer ambulant betreuten Wohn- gemeinschaft)</p> <p>Projekt zielt auf Personen zwischen 18 und 60 Jahren mit chronischen Erkrankungen und Pflegebedarf. Um die Integration der Wohnge- meinschaft und ihrer Bewohner in den Sozial- raum zu fördern sind Kooperationen mit anderen örtlichen Institutionen und Vereinen vorgesehen. Ergänzend wurde ein Pool von bürgerschaftlich Engagierten aufgebaut und ein Förderverein ge- gründet.</p>	orbau Bau- unternehmen GmbH	100.000 €
2016	<p><b>Netzwerk DEMENZ</b> Information der Gesellschaft über Demenz – respektvoller Umgang und angemessene Unter- stützung, Menschen mit Demenz sollen die Mög- lichkeit haben, ihr Leben so lange wie möglich selbst zu gestalten, bei Menschen mit fortgeschrit- teter Demenz Lebensbegleitung, Platzierung des Themas „Demenz“ in der Kommunalpolitik.</p>	Stadt Tübingen und Landkreis Tübingen	32.410 €
2016	<p><b>Deko, Demenz und Kommune</b> Den Kommunen kommt beim Auf- und Ausbau einer landesweiten, engmaschigen Versorgungs- struktur zur Unterstützung von Menschen mit De- menz und ihren Angehörigen eine Schlüsselrolle zu. Darauf weist auch der 7. Altenbericht der Bundesregierung mit seiner Fokussierung auf die „Caring Community“ hin. Mit dem dreijährigen Modellprojekt sollte die Lebenssituation von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen verbessert und Kommunen dabei unterstützt wer- den, demenzaktiv(er) zu werden.</p>	Alzheimer Gesellschaft Baden-Würt- temberg e.V.	262.500 €

<b>Förderjahr Innovations- programm</b>	<b>Projekttitle und Kurzbeschreibung</b>	<b>Antragsteller</b>	<b>Bewilligungs- summe</b>
2017	<p><b>Erwachsenenschutz „Caring Community“ im Landkreis Tuttlingen</b></p> <p>Das Projekt hat zum Ziel, das Bewusstsein für eine Sorgeskultur im Zusammenwirken von Familien, sozialen Nachbarschaften, Freiwilligen, sowie Professionellen zu gründen. Hierdurch sollen auf Pflege angewiesene Menschen, die in ihren Rechten bedroht oder beeinträchtigt werden, vor Schaden geschützt werden. Bedarf für das Wirken der „Caring Community“ ist gegeben durch Fälle von verbalem, seelischem, körperlichem und sexuellem Missbrauch und Vernachlässigung durch Personen aus dem häuslichen und pflegenden Umfeld und der weitgehenden Tabuisierung dieses Themas. Es soll ein Konzept erarbeitet und umgesetzt werden, das einerseits für die Belange des Erwachsenenschutzes sensibilisiert und andererseits die Akteure miteinander vernetzt.</p>	Landkreis Tuttlingen	110.000 €

<b>Förderjahr</b>	<b>Projekttitle und Kurzbeschreibung</b>	<b>Antragssteller</b>	<b>Bewilligungs- summe</b>
2020	<p><b>Demenz im Quartier</b></p> <p>Naheliegenderes Ziel ist es, in den jeweiligen Quartieren die Demenzsensibilität und -aktivität zu stärken und die gewonnenen Erfahrungen für die Quartiersarbeit in Baden-Württemberg nutzbar zu machen, bestenfalls in einer Handreichung mit Angeboten an Werkzeugen oder einem Methodenkoffer.</p> <p>Das Miteinander und Füreinander im Quartier – und zwar mit besonderem Blick auf das Thema Demenz – soll gestärkt werden. Unterschiedliche Akteure sollen dabei unterstützt werden, sich zu vernetzen und zusammenzuarbeiten. Das Projekt ist auf 3 Jahre angelegt.</p>	Alzheimer Gesellschaft Baden-Württemberg e.V.	500.000 €

5. *Inwiefern scheint eine Ausweitung des Caring Community-Ansatzes realisierbar angesichts des großen Bedarfs an lokal begrenzten, selbstversorgenden Unterstützungsnetzwerken, den die Pandemie offengelegt hat?*

Die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass die Maßnahmen, die das Ministerium für Soziales und Integration mit der Quartiersstrategie eingeleitet hat, dazu beitragen, starke und resiliente Strukturen vor Ort auf- und auszubauen. Die Landesstrategie wurde im Sommer 2020 bis zum Jahr 2030 fortgeschrieben, um mittelfristig die Gestaltung von Nachbarschaften, Stadtteilen oder Dörfern zu fördern, in denen Menschen sich einbringen, Verantwortung übernehmen und sich gegenseitig unterstützen. Diese (niedrigschwellige) gegenseitige Unterstützung war und ist insbesondere in Zeiten der Pandemie eine wichtige Ressource. Eine umfassende Ausweitung des Ansatzes ist dahingehend geplant, dass bis 2030 sämtliche Kommunen in Baden-Württemberg mit der Quartiersstrategie erreicht werden sollen.

6. *Welche strategischen und finanziellen Maßnahmen, wie beispielsweise die bevorzugte Bereitstellung von Bauland für solche Projekte, werden ergriffen, um den Trend der Rekommunalisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge politisch zu unterstützen?*

Strategische kommunale Maßnahmen als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge fallen in die kommunale Selbstverwaltung und entziehen sich daher der Kenntnis der Landesregierung.

7. *Welche standardisierten und nicht-standardisierten Ansätze gibt es in Baden-Württemberg, um die Zielsetzungen von Caring Communities in baulichen Projekten umzusetzen?*

8. *Welche Erfahrungswerte gibt es mit solchen Projekten?*

Die Ziffern 7 und 8 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Ministerium für Soziales und Integration fördert die bauliche Entwicklung ambulant betreuter Wohngemeinschaften für Menschen mit Unterstützungs- und Versorgungsbedarf und Menschen mit Behinderungen im Mietwohnungsbau durch den Förderaufruf „Gemeinsam unterstützt und versorgt wohnen 2020/2021“. Hiermit soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die meisten Menschen den Wunsch haben, auch bei zunehmendem Unterstützungs- und Pflegebedarf weiterhin so normal wie möglich, möglichst im selben Quartier und unter Beibehaltung ihrer persönlichen Bezüge zu leben. Zugleich bevorzugen auch viele Menschen mit Behinderungen anbieterverantwortete oder selbstverantwortete Wohnformen, wenn sie die Wahl haben und die erforderliche Unterstützung erhalten.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass es darüber hinaus einen Bedarf an Beratung in diesem Themenfeld gibt. Deshalb fördert die Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten.“ nicht-investive Strukturen und Prozesse, die sich mit dem Thema Wohnen im Alter beschäftigen. Dazu gehört die *Fachstelle Ambulant unterstützte Wohngemeinschaften (FaWo)* beim Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg. Die Fachstelle unterstützt durch Information, Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkarbeit und Beratung die zukunftsfähige und innovative Gestaltung der Wohn- und Pflegelandschaft in Baden-Württemberg.

Im Rahmen der Patenschaft *Innovativ Wohnen BW* fördert das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau beispielgebende Projekte. Derzeit werden neun Projekte begleitet, die sich durch die besonders innovative Umsetzung bezahlbaren Wohnraums auszeichnen (gefördert werden die durch den innovativen Mehraufwand entstehenden Kosten der baulichen Umsetzung und/oder vorbereitende Konzepte sowie umsetzungsbegleitende Studien). Gemeinsam ist allen Projekten, dass gemeinschaftlicher, an sozialen Maßstäben orientierter Wohnraum entsteht und zugleich im Rahmen der Quartiersentwicklung kreative, flächensparende und übertragbare ‚Best Practise‘-Lösungen entstehen.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Betreuung beispielgebender Projekte zeigt, dass diese – obgleich sich alle Projekte noch in der Planungsphase befinden – Spiegelbild eines neuen Verständnisses von Wohnen als gesamtgesellschaftlichem Miteinander sind. Das belegt auch das enorme Interesse am Projektaufruf der 2. Fördertranche (knapp 60 Vorhaben aus allen Landesteilen haben sich im Herbst 2020 beworben, Auswahl und Verkündung erfolgte Ende 2020). Die Projekte spiegeln den enormen Facettenreichtum auf dem Feld des gemeinschaftlichen Wohnens wieder, leben allerdings auch stark vom großem Engagement und der erfolgreichen Zusammenarbeit verschiedenster Akteure.

Exemplarisch können folgende Projekte, die sich mit Lösungen für ein lebensphasenorientiertes, barrierefreies und verschiedene Bevölkerungs- und Altersgruppen integrierendes Wohnen auseinandersetzen, als beispielhaft für „sorgende Gemeinschaften“ aufgeführt werden:

#### *Dachgenossenschaft Wohnen Tübingen*

Die Universitätsstadt Tübingen gründet die Dachgenossenschaft Wohnen Tübingen, um ein flexibles und lebensphasengerechtes Wohnangebot zu schaffen, gemeinschaftliche Wohnformen zu ermöglichen und gleichzeitig – trotz des angespannten Wohnungsmarkts – das Wohnen langfristig bezahlbar zu halten. Die Genossenschaft „als Dach“ für individuelle Wohnprojekte und Initiativen übernimmt Gründungs-, Bau- sowie Verwaltungsaufgaben und stellt damit ein professionelles Management sicher. Über einen Sozialfonds bietet sie Menschen mit geringem oder keinem Vermögen Zugang zu gemeinschaftlichen Wohnformen durch Übernahme der notwendigen Genossenschaftsanteile.

#### *Blaupause kirchliche Immobilien – klosternah gemeinschaftlich wohnen und sinnstiftend leben (Bad Waldsee)*

Mit dem Projekt Klosternahes Wohnen der Franziskanerinnen von Reute entsteht Wohnraum für Menschen, die offen für eine gemeinschaftsorientierte Lebensform sind. Der Umbau eines Teils des Klostergebäudes ermöglicht neue Nutzungsformen und die Öffnung des Zusammenlebens hin zum Dorf. Zusammen mit dem geplanten Wohnquartier entsteht ein Beispiel für innovative, menschenorientierte Wohnformen im ländlichen Raum, das ein selbstbestimmtes Leben (im Alter) mit gemeinschaftlichen Ansätzen verbindet.

#### *Haus B (Altbach)*

Auf Initiative eines privaten Bauherrn entsteht barrierefreies gemeinschaftliches Wohnen. Um dabei auf immer knapper werdenden Wohnraum zu reagieren, werden beim Haus B neue Wohntypologien untersucht. Hierbei ist das Ziel, die individuelle Wohnfläche zu reduzieren und gleichzeitig durch Gemeinschaftsflächen höhere Wohnqualität zu erreichen. Die beiden Mehrfamilienhäuser teilen sich eine gemeinsame außenliegende Erschließung, wodurch einerseits alle Geschosse barrierefrei erreichbar sind und andererseits ein offener Begegnungs- und Kommunikationsraum entsteht. Die Idee ist, dass Wohn-Gemeinschaft entsteht und auch nach außen sichtbar wird.

#### *9. Wie sieht die Landesregierung die Potenziale von Caring Community unter dem Gesichtspunkt „Vermeidung von Einsamkeit“?*

Sorgende Gemeinschaften, wie sie im Rahmen von Quartiersprojekten aufgebaut werden, können einen wesentlichen Anteil dazu leisten, Einsamkeit und sozialer Isolation vorzubeugen. In lebendigen Quartieren entsteht ein Gefühl von Gemeinschaft und sozialer Eingebundenheit, das im Sinne einer Lebensverlaufsperspektive nicht erst im (hohen) Alter ansetzt, sondern frühzeitig die Weichen für ein gutes Altwerden stellen möchte.

Hier ist insbesondere auf die Schaffung von barrierearmen Begegnungsorten im Quartier zu verweisen, wie sie z. B. Mehrgenerationenhäuser darstellen. Die Landesregierung unterstützt Mehrgenerationenhäuser im Rahmen der Quartiersstrategie durch die Finanzierung der *Geschäftsstelle der LAG Mehrgenerationenhäuser*,

die Information und Beratung zum Auf- und Ausbau sowie Betrieb von Mehrgenerationenhäusern zur Verfügung stellt sowie die Vernetzung aller Mehrgenerationenhäuser in Baden-Württemberg vorantreibt. Darüber hinaus fördert die Landesregierung Mehrgenerationenhäuser mit dem Impulsprogramm für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

*10. Wie kann die Verbindung – wenn der Ansatz „Sorgender Gemeinschaften“ ernst genommen werden soll, braucht es eine Strukturreform, in der sich die Fachkoordination, das fachliche Wissen, das in Pflege, Erziehung etc. benötigt wird, mit kommunaler Sozialplanung verbindet – vor Ort gestaltet werden?*

Ein Grundsatz der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten.“ liegt in ihrem offenen Ansatz, d. h. die Kommunen in einem Bottom-Up-Ansatz ihren eigenen, spezifischen Weg zur Gestaltung ihrer Quartiere finden zu lassen und keine festen Konzepte vorzugeben. So wird sichergestellt, dass die Kommunen gemeinsam mit den dort lebenden Menschen die konkreten Bedarfe vor Ort angehen.

Nichtsdestotrotz können Elemente identifiziert werden, die für die nachhaltige Gestaltung von Sorgenden Gemeinschaften unerlässlich sind. Erstens wird die Kommune als „Motor im Sozialraum“ betrachtet, was auf strategischer Ebene durch die enge Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden repräsentiert wird. Zweitens wird die Beteiligung aller Menschen vor Ort an der Gestaltung ihres Quartiers in das Zentrum gestellt, wobei insbesondere Dimensionen sozialer Ungleichheit und Teilhabebehindernisse zu beachten sind. Drittens zielen die Maßnahmen der Quartiersstrategie darauf ab, der Versäulung der kommunalen Fachbereiche zugunsten eines integrierten Ansatzes entgegenzuwirken: Quartiersentwicklung als Querschnittsthema rückt Synergien in den Vordergrund, die durch die Verzahnung von kommunalen Aufgabenbereichen entstehen können. Viertens wird die breite Vernetzung mit lokalen Akteuren der Zivilgesellschaft betont.

Um diesen Ansatz in die Fläche zu tragen und vor Ort in den Kommunen bekannt zu machen, hat die Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten.“ neben der finanziellen Förderung (siehe Frage 3) folgende Angebote etabliert (Auswahl):

Zur Gestaltung von Sorgenden Gemeinschaften vor Ort ist der Einbezug fachlicher Expertise wertvoll. Deshalb unterstützt die Quartiersstrategie eine breite und differenzierte *Beratungsstruktur*. Dazu zählen unter anderem folgende Ansätze: Aufbau des Gemeinsamen Kommunalen Kompetenzzentrums Quartiersentwicklung (GKZ.QE) von Städtetag, Gemeindetag und Landkreistag als zentrale Anlaufstelle zu Fragen zum Thema Quartiersentwicklung. Fachstelle Ambulant unterstützte Wohnformen (FaWo). Geschäftsstelle der LAG Mehrgenerationenhäuser. Förderung des Projekts „Genossenschaftlich getragene Quartiersentwicklung“ des baden-württembergischen Genossenschaftsverbandes bwgv, bei dem die Initiierung und Begleitung zur Gründung von genossenschaftlich getragenen Quartiersentwicklungen unterstützt wird.

Die *Quartiersakademie* richtet einen ganzheitlichen Blick auf das Thema Quartiersentwicklung und die damit verbundenen kommunalen Veränderungsprozesse. Im Rahmen von Qualifizierungsangeboten für haupt- und nebenamtliche kommunale Mitarbeitende, zivilgesellschaftliche Akteure sowie mit diesen zusammenwirkende ehrenamtlich Engagierte werden Kompetenzen vermittelt und gestärkt.

Im Rahmen der *wissenschaftlichen Begleitforschung* zur Quartiersstrategie wird unter anderem die Öffnung von stationären Pflegeeinrichtungen ins Quartier untersucht. Das Projekt AQuiLa (Katholische Hochschule Freiburg, Institut für Angewandte Forschung, Entwicklung und Weiterbildung) richtet seinen Fokus darauf, wie die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe der Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen an der Gesellschaft und deren Einbeziehung in die Gesellschaft erreicht und gesichert werden kann. Das Ziel des Projektes ist die zielgruppenorientierte Erstellung einer Expertise für eine zukunftsorientierte inklusive kommunale Altenplanung in Baden-Württemberg im Hinblick auf Quartierskonzepte mit stationären Pflegeeinrichtungen.

Darüber hinaus stärkt die Landesstrategie die *Vernetzung* von Kommunen und relevanten Akteuren auf interkommunaler, regionaler und Landesebene zum Zweck des Erfahrungsaustausches und gegenseitigen Lernens. Dies geschieht z. B. im Rahmen des jährlichen landesweiten Fachtags Quartiersentwicklung und auf Regionalkonferenzen in Kooperation mit den Landkreisen.

Zudem bietet die Quartiersstrategie *Informationen* zum Thema Quartiersentwicklung, z. B. durch das Onlineportal [www.quartier2030-bw.de](http://www.quartier2030-bw.de) und den dazugehörigen Newsletter sowie durch themenbezogene Publikationen.

Lucha

Minister für Soziales  
und Integration